

## Niederschrift

### über die Ergebnisse der 21. Sitzung der Kreispflegekonferenz am 17.11.11 (Dauer: 14.00-15:05 Uhr)

#### I. An der Sitzung haben als Mitglieder/Stellvertreter teilgenommen:

Herr Allroggen	Rhein-Sieg-Kreis (Vorsitzender)
Frau Lübbert	Rhein-Sieg-Kreis (Geschäftsführerin)
Frau Oestreich	Stadt Bad Honnef
Herr Schnapka	Stadt Bornheim
Herr Hanraths	Stadt Hennef
Herr Krumbe	AOK Rheinland/Hamburg, Regionaldirektion Rhein-Sieg
Herr Dr. Koss	MDK Nordrhein
Herr Stollenwerk	AWO Kreisverband Rhein-Sieg e.V.
Herr Hassel	DRK-Pflegedienste Rhein-Sieg/Rhein-Berg gGmbH
Herr Schweitzer	Diakonisches Werk
Herr Haack	Der PARITÄTISCHE
Frau Löbach	Private ambulante/komplementäre Anbieter
Herr de Schrevel	Private Pflege- und Behinderteneinrichtungen im RSK
Frau Trapphoff	Selbsthilfe-Kontaktstelle Rhein-Sieg-Kreis
Herr Trost	Kommunale Seniorenvertretungen

#### Gäste:

Herr Walter	Firma START
Herr Schwichtenberg	COMPASS Private Pflegeberatung GmbH
Frau Zernitz-Pahl	COMPASS Private Pflegeberatung GmbH

#### Weitere Teilnehmer:

Frau Römer	Rhein-Sieg-Kreis (Schriftführerin)
------------	------------------------------------

#### II. Entschuldigt fehlten:

Herr Hohn	Stadt Siegburg
Herr Wielpütz	AOK Rheinland/Hamburg, Regionaldirektion Rhein-Sieg
Herr Peeters	VdeK
Herr Dobersalske	AWO Kreisverband Rhein-Sieg e.V.
Herr Klippel	Caritasverband für den Rhein-Sieg-Kreis e.V.
Herr Feistl	DRK-Pflegedienste Rhein-Sieg/Rhein-Berg gGmbH
Frau Barhoff	Private Pflege- und Behinderteneinrichtungen im RSK
Frau Welsch	Private ambulante/komplementäre Anbieter

## Wesentliche Ergebnisse der Sitzung:

### Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten

Herr Allroggen begrüßte die Mitglieder und weiteren Teilnehmer/innen der Kreispflegekonferenz zur 21. Sitzung. Als neue Mitglieder stellte er Frau Löbach (Private ambulante/komplementäre Anbieter), Herrn Dr. Koss (MdK Nordrhein) und als Stellvertreter Herrn Hassel (DRK-Pflegedienste Rhein-Sieg/Rhein-Berg gGmbH) sowie Herrn Krumbe (AOK Rheinland/Hamburg) vor. Des Weiteren teilte Herr Allroggen mit, dass Frau Dr. Pigulla als neue Stellvertreterin des Herrn Haack vom Paritätischen benannt worden sei. Er bedauerte, dass der Referent der Arbeitsagentur Bonn, Herr Scherrer, plötzlich erkrankt sei und aufgrund der Kurzfristigkeit leider keine Vertretung seitens der Arbeitsagentur organisiert werden konnte.

Zur Tagesordnung bestanden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

### TOP 1: Gewinnung von Pflegefachkräften

Herr Allroggen betonte, dass bereits in früheren Sitzungen das Thema „Fachkräfte in der Pflege“ behandelt worden sei. Der Rhein-Sieg-Kreis habe ein besonderes Interesse an einer ausreichenden quantitativen und qualitativen personellen Ausstattung auf dem Pflegesektor. Hintergrund sei nicht zuletzt die progressive Entwicklung der älteren Bevölkerung, insbesondere bei den Hochaltrigen im Quervergleich zu anderen Kreisen.

Auch sei der Rhein-Sieg-Kreis intensiv mit der Thematik „ambulant vor stationär“ beschäftigt. Herr Allroggen teilte in diesem Zusammenhang mit, dass das Kreissozialamt im Bereich des Casemanagements eine zusätzliche Kraft einstellen werde, die voraussichtlich Anfang 2012 ihre Tätigkeit aufnehmen werde.

Herr Allroggen informierte über eine Veranstaltung des Fachbereichs „Integration“, die im Dezember 2011 in Kooperation mit der Firma START stattfinden werde. (Anmerkung: Die Veranstaltung ist verschoben auf das I. Quartal 2012).

Herr Allroggen begrüßte Herrn Walter von der Zeitarbeitsfirma START und bat um Hintergrundinformationen und Darstellung des Handlungsfeldes von START. Herr Walter informierte die Anwesenden über die Firmengründung vor mehr als 15 Jahren, erklärte, dass START durch ein flächendeckendes Niederlassungsnetz in ganz NRW präsent sei und dass die Gesellschafter von START neben dem Land NRW u.a. die Evangelische Kirche im Rheinland und die Stadt Troisdorf seien. Er betonte, dass START vor diesem Hintergrund primär keine vorrangig kommerzielle Ausrichtung verfolge.

Bisher sei START im Rahmen von Verbundausbildungen mit Kooperationspartnern in sämtlichen Berufen mit Ausnahme des Pflegebereichs tätig. Auch aufgrund von Aufträgen aus der Arbeitsmarktpolitik wolle dies START ändern und sich mit der Aus- und Fortbildung von Pflegefachkräften verstärkt beschäftigen. Herr Walter informierte über ein Pilotprojekt aus Duisburg, in das die frühere Arge (heute: Jobcenter) mit eingebunden gewesen sei. Frühere Kunden der Arge seien in eine Pflegeausbildung vermittelt worden. Von gestarteten 25 Kunden würden im nächsten Jahr 12-13 Auszubildende ihre Prüfung absolvieren. Um die fachliche Kompetenz der Arbeitsvermittlung bei START zu erweitern, seien speziell für den Bereich der Pflegekräfteaus- und fortbildung Krankenpfleger/innen und Altenpfleger/innen zur Betreuung von Kunden aus dem Pflegesektor eingestellt worden.

Herr Walter erklärte, dass START insbesondere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Focus für eine Beschäftigung in der Pflege habe und nach den jetzigen Erkenntnissen ein hohes Potenzial an zukünftigen Fachkräften vorhanden sei. Es gehe auch darum, zugewanderte Personen mit einer im Herkunftsland erworbenen pflegeri-

schen Vorbildung nachzuqualifizieren und zu einem Abschluss nach hiesigem Recht zu führen. Um in die Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in der Pflege einsteigen zu können, habe START Kontakt zu sämtlichen Akteuren (u.a. Kommunen, Arbeitsagenturen und Jobcenter) aufgenommen, um gemeinsam an der Thematik zu arbeiten. Es sei grundsätzlich vorgesehen, dass START dabei Schulungen zur Vermittlung von Deutschkenntnissen durchführe, geeignete Praktikumsplätze organisiere und die Logistik rund um die Prüfungen übernehme. Die Arbeitsverwaltung sei zuständig für die Organisation und Finanzierung in Kooperation mit Bildungsträgern.

Herr Walter wies darauf hin, dass die Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht von heute auf morgen zu realisieren sei, sondern dies eine Zeit von ca. zwei Jahren benötige, um deutliche Fortschritte erkennen zu lassen.

Herr Allroggen fragte die Anwesenden zunächst nach der Einschätzung zum Bedarf an Fachkräften im Rhein-Sieg-Kreis. Hierzu berichteten Frau Löbach und Herr de Schrevel, dass es nach ihren Erfahrungen grundsätzlich viele Bewerberinnen und Bewerber auf offene Stellen gäbe, jedoch oft aus fachfremden Berufen, wie etwa aus den Sparten Sozialhelfer bzw. Heilerziehungspfleger. Es gäbe auch Bewerberinnen und Bewerber, die über keine ausreichende soziale Kompetenz verfügen würden. Ein weiteres Problem seien bei den fachlich qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern die häufig mangelnden Deutschkenntnisse. Im Ergebnis teilten Frau Löbach und Herr de Schrevel mit, dass es zunehmend schwieriger sei, geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Frau Löbach berichtete über eine hohe Fluktuation bei den Pflegekräften, die sich häufig nach 4-5 Jahren Mitarbeit in der praktischen Pflege für Pflegemanagement etc. weiterqualifizieren und beruflich veränderten z.B. durch Wechsel zum MdK oder in Beratungstätigkeiten bei Kommunen. Dies läge an einer beruflichen Unzufriedenheit z.B. aufgrund von fehlender Anerkennung innerhalb der Betriebe und/oder innerhalb der Gesellschaft, schwieriger physischer und psychischer Arbeitsbedingungen und fehlender finanzieller Anreize in der praktischen Pflege. Herr de Schrevel informierte über die Ausbildung von eigenen Fachkräften, mit denen gute Erfahrungen zu verzeichnen seien.

Herr Allroggen stellte die Frage nach ausreichenden Hilfskräften in der Pflege. Frau Löbach berichtete über die nur eingeschränkte Einsatzmöglichkeit dieser Kräfte, insbesondere im ambulanten Bereich. Daher versuche man dort, vermehrt qualifiziertes Personal einzusetzen. Herr de Schrevel informierte, dass verstärkt versucht werde, eigene Pflegehilfskräfte zu Weiterbildungsmaßnahmen zu motivieren, um geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu qualifizieren und zu binden sowie der Fachkräftequote innerhalb des Betriebes gerecht zu werden. Herr de Schrevel empfahl vor Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern generell die Absolvierung eines vorgeschalteten Praktikums.

Herr Allroggen stellte anhand der Erfahrungsberichte aus der Praxis fest, dass der Rhein-Sieg-Kreis durchaus von einem Fachkräftemangel betroffen sei. Er betonte, dass die Arbeitsbedingungen und Gehaltsmodalitäten auf anderer Ebene entschieden würden und in der Pflegekonferenz dazu keine Lösungen erarbeitet werden könnten.

Herr Allroggen eröffnete die Diskussion zu der Frage, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Pflegeberuf gewonnen werden könnten. Zum einen sei hier die Berufsberatung der Arbeitsagentur gefragt. Er wies darauf hin, dass zum Kundenstamm der Arbeitsagentur häufig Langzeitarbeitsuchende zählten, bei denen es sich zum Teil auch um ältere Menschen handele, für die eine Beschäftigung in der Pflege zu anstrengend sein könnte. Frau Löbach berichtete über ihre Erfahrung mit einer über 50-jährigen Bewerberin, die ihre Aufgaben gut erledigen könne und sehr motiviert und zufrieden sei. Dies komme ihrer Meinung immer auf den gesamten Gesundheitszustand und die soziale Kompetenz des einzelnen Menschen an. Frau Lübbert fragte die Anwesenden, ob sich die Kosten des 3. Ausbildungsjahres, welches derzeit nicht refi-

nanziert werde, als entscheidendes Kriterium auf die Ausbildungsmotivation der Betriebe herausgestellt habe. Dies wurde seitens der Vertreter der Ausbildungsbetriebe verneint.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, an der sich Herr Allroggen, Frau Lübbert, Frau Löbach, Herr Hassel, Herr Haack, Herr Stollenwerk, Herr Hanraths, Herr Schnapka, Herr de Schrevel, Frau Trapphoff und Frau Oestreich beteiligten, wurde thematisiert, dass die Zahl der Berufseinsteiger/innen aufgrund des negativ geprägten Berufsbildes als Bewerberinnen und Bewerber nur in zu geringer Zahl vorhanden seien. Zum einen gelte es, die Anerkennung des Berufsbildes innerhalb der Gesellschaft zu verbessern, um das Ausbildungsinteresse zu fördern. Der zweite Schritt müsse gerichtet sein auf die Erhaltung und Sicherung des Personals, um die Verweildauer im Pflegeberuf zu verlängern. Hier müsse verstärkt Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Es wurde angeregt, dass die Arbeitsagenturen im Rahmen der Berufsberatung stärker auf die Pflegeberufe eingehen sollten. Aber auch die Schulen sollten stärker in die Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern eingebunden werden. Es gab positive Rückmeldungen zu Projekttagen bzw. Schnupperwochen für Schulabgänger sämtlicher Schulformen. Hier sei es jedoch wichtig, dass sich die Einrichtungen, in denen Schülerinnen und Schüler ein Praktikum absolvieren, in ausreichendem Maße für eine Vermittlung der Aufgaben im Pflegeberuf engagieren.

Thematisiert wurde auch, dass ausreichend Personal für Pflegebedürftige mit Zuwanderungsgeschichte mit gleichem sprachlichem und kulturellem Hintergrund bereitgestellt werden müsse. Dies sei sehr wichtig für eine angemessene Pflege. Dies zeige auch die Erfahrung der Betriebe, die fremdsprachiges Fachpersonal beschäftigen würden. Als äußerst schwierig wurde auch die Situation der Pflegebedürftigen mit Zuwanderungsgeschichte geschildert, die eine Behinderung, insbesondere eine psychische Behinderung haben.

Herr Allroggen informierte über das Projekt „Mimi“ mit zweisprachigem Hintergrund. Dort würden sich Menschen unter dem Motto „von Migranten für Migranten“ engagieren.

Als weiteres wichtiges Betätigungsfeld wurde die Realisierung von ausreichenden Angeboten an Kinderbetreuungsmöglichkeiten insbesondere für alleinerziehende Mütter im Schichtdienst genannt. Es sei weder für den Betrieb, noch für die Beschäftigten auf Dauer zumutbar, wenn der Dienstplan nach der oft nicht ausreichenden Betreuungsmöglichkeit für Kinder ausgerichtet werden müsse. Dies würde das Betriebsklima außerordentlich strapazieren.

Herr Allroggen sagte zu, die Ergebnisse der Diskussion aus der Pflegekonferenz in Gespräche mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter einfließen zu lassen. Er betonte die Wichtigkeit, dass qualitativ gute und nachhaltige Lösungen gefunden werden müssten.

## **TOP 2: Vorstellung von Konzeptionen zur Neubauplanung nach § 9 PfG NW**

Frau Lübbert stellte die Konzeption einer Neubauplanung anhand der als Anlage zu TOP 2 übersandten Übersicht vor. Hierbei handele es sich um eine Einrichtung in Hennef, die im Juli 2011 an den Start gegangen sei und die über eine gute Auslastung berichte. Die Mitglieder nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

## **Top 3 : Verschiedenes**

Zu Top 3 gab es von den anwesenden Mitgliedern keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche.

Herr Allroggen informierte über die Einrichtung eines „Runden Tisches – Projekte Innovativer Seniorenarbeit“, der auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung des Kreistages beschlossen worden sei, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und einem starken Anstieg der älteren Bevölkerung im Rhein-Sieg-Kreis Rechnung zu tragen. Es solle der Auf- und Ausbau eines präventiven Netzes ambulanter Hilfen durch ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden. Zur Anfinanzierung oder einmaligen Unterstützung kleinerer Projekte stünden im begrenzten Rahmen finanzielle Mittel zur Verfügung. (2011 in Höhe von 2.500,00 €, 2012 in Höhe von 5.000,00 €). Die Verwaltungstätigkeit müsse mit vorhandenem Personal abgedeckt werden. Herr Allroggen teilte mit, dass derzeit eine Themen- und Ideensammlung erfolge. In diesem Zusammenhang seien die Städte und Gemeinden mit der Bitte angeschrieben worden, Auskünfte zu Planungen neuer Projekte und deren Akteure vor Ort zu erteilen. Frau Lübbert betonte, dass aus diesen zur Verfügung stehenden Mitteln bewusst keine kreisweite Streuung erfolge, sondern vielmehr in kleine Initiativen -insbesondere in das Ehrenamt vor Ort in ländlichen Bereichen- punktuell Hilfen fließen könnten. Dies diene einzelnen Anschubfinanzierungen, um Projekte auf den Weg bringen zu können.

Herr Allroggen informierte über die als Tischvorlage ausliegenden Informationen zu den qualitätsgesicherten Betreuungsangeboten von Pflegediensten nach § 45b SGB XI. Des Weiteren lägen die neue Auflage des Wegweisers für Seniorinnen und Senioren sowie eine Broschüre über die Altenpflegeausbildung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Tischvorlage aus. Die Mitglieder nahmen die Informationen zur Kenntnis.



Allroggen  
(Vorsitzender)



Römer  
(Schriftführerin)